

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Forschung, Technologie, Raumfahrt und
Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ayse Asar, Dr. Andrea Lübcke, Claudia Müller,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/2047 –**

**Infrastrukturen für Innovationen – Klimagerecht, barrierefrei und digital auf
dem Campus**

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass ein großer Bedarf an Investitionen in Forschungsinfrastruktur bestehe. Laut Hochschulrektorenkonferenz belaufe sich der Sanierungs- und Modernisierungstau im deutschen Hochschulbau auf mindestens 90 Milliarden Euro. Viele Lehr- und Hochschulgebäude zeigten erhebliche energetische Mängel. Zudem bestünden signifikante Investitionslücken in Bezug auf Mensen und Cafeterien, die vom Studierendennetzwerk auf rund 4 Milliarden Euro geschätzt würden. Die aktuelle Infrastruktur der Hochschulen und Forschungseinrichtungen entspreche nicht dem, was es erfordere für Studium, Forschung und Lehre auf Spitzenniveau. Die eingeplanten 60 Millionen Euro für die Schnellbauinitiative der Bundesregierung würden dem Bedarf an Investitionen nicht gerecht. Vor diesem Hintergrund schlage die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Innovationsinitiative Zukunfts-Campus als Bund-Länder-Pakt nach Artikel 91b des Grundgesetzes vor, mit dem Ziel, die Hochschul- und Forschungsinfrastruktur moderner, klimaneutraler und nachhaltiger zu gestalten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/2047 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2026

Der Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung

Dr. Karl Lauterbach
Vorsitzender

Dr. Hans Theiss
Berichterstatter

Sven Wendorf
Berichterstatter

Dr. Lina Seitzl
Berichterstatterin

Ayse Asar
Berichterstatterin

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans Theiss, Sven Wendorf, Dr. Lina Seitzl, Ayse Asar und Nicole Gohlke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 21/2047** in seiner 35. Sitzung am 17. Oktober 2025 beraten und an den Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 21/2047 in seiner 30. Sitzung am 25. Februar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deren Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat die Vorlage auf Drucksache 21/2047 in seiner 16. Sitzung am 25. Februar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke deren Ablehnung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 21/2047 in seiner 16. Sitzung am 4. März 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke deren Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sieht den Investitionsbedarf von 90 bis 140 Milliarden Euro im Hochschulwesen nicht durch die im Rahmen der Schnellbauinitiative der Bundesregierung bereitgestellten 4 Milliarden Euro abgedeckt. Statt kurzfristiger Maßnahmen schlägt die Fraktion eine auf zehn Jahre angelegte Initiative vor, um Hochschulen zu modernisieren, zu digitalisieren und barrierefrei zu gestalten. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien stellten angesichts steigender CO₂-Preise und volatiler Energiemärkte eine langfristige Haushaltsstabilisierung der Hochschulen dar. Sie fordert die Bundesregierung auf, im Bereich zukunftsfähige Forschung und Lehre sowie im Bereich digitale Souveränität und künstliche Intelligenz (KI) die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Das Programm „KI in der Hochschulbildung“ sei ohne Nachfolgeprogramm ausgelaufen. Ein bundesweiter Digitalpakt Hochschule beziehungsweise eine Digitalpauschale solle die Kosten für IT-Infrastruktur und digitale Lehre abdecken, insbesondere da eine stabile Infrastruktur eine essenzielle Voraussetzung für Cybersicherheit darstelle.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt die Bedeutung von Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerken für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands hervor. Deshalb seien im Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität 4 Milliarden Euro für die Bereiche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur zur Verfügung gestellt worden, worunter auch die Schnellbauinitiative Hochschule falle. Die Bund-Länder-Vereinbarung von Februar 2026 habe die Voraussetzungen für eine Beschleunigung der Umsetzung geschaffen. Außerdem hätten sich die Hochschulrektorenkonferenz, die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz sowie das deutsche Studierendenwerk positiv zu diesen Vorhaben geäußert. Weitere Aufforderungen oder Aktionen seien daher nicht erforderlich, weshalb die Fraktion den Antrag ablehne.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der AfD** kritisiert, dass der Antrag kein Infrastrukturprogramm, sondern lediglich einen politischen Maßnahmenkatalog beinhalte. Die Bindung der Mittel an Bedingungen wie Klimaneutralität bis 2040 sei eine klimapolitische Auflage, die ungeeignet sei, erforderliche Ziele wie Sicherheit, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit von Hochschulgebäuden zu erreichen. Die vorgeschlagene Digitalpauschale sei unzureichend, da Regelungen zu Betrieb, Standards und IT-Sicherheit fehlten. Zudem berücksichtige der Antrag die tatsächlichen Hindernisse am Bau nicht, insbesondere die Dauer der Genehmigungsverfahren, steigende Kosten, Kapazitätsengpässe im Handwerk sowie komplizierte Vergaberegungen. Daher lehne die Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** stimmt dem Wortbeitrag der Fraktion der CDU/CSU zu und ergänzt, dass zusätzlich 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität den Ländern und Kommunen für Investitionen in Infrastruktur zur Verfügung stünden. Die Bund-Länder-Vereinbarung habe eine tragfähige Grundlage geschaffen. Für ihre Umsetzung müssten die Länder ihre Mittelzusagen ohne Substitution einhalten, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen – insbesondere zur Vermeidung exzessiver Bauzeiten – und den Hochschulen mehr Handlungsspielräume bei der Modernisierung ihrer Infrastrukturen einräumen. Der vorliegende Antrag sehe eine zehnjährige Innovationsinitiative vor, ohne zu benennen, woher die dafür erforderlichen Mittel kommen sollten. Die Fraktion lehne daher den Antrag ab.

Die **Fraktion Die Linke** begrüßt, dass der Antrag die Unterfinanzierung der Hochschulinfrastruktur klar benennt. Allerdings sei es nicht zielführend, als Lösungsmodell eine Finanzierung vorzuschlagen, die eine 50-prozentige Beteiligung der Länder vorsehe, da diese auch in der Vergangenheit ihrer Verantwortung im Hochschulbau nicht nachgekommen seien. Für finanzschwache Bundesländer stelle diese Quote eine große Herausforderung dar, was die Ungleichheit zwischen den verschiedenen Hochschulstandorten weiter verschärfe. Zudem bleibe unklar, mit welchem konkreten Volumen die vorgeschlagene Zehn-Jahres-Initiative ausgestattet werden solle. Auch der Vorschlag, eine flächendeckende KI-Infrastruktur aufzubauen sowie eine Servicestelle für Beratung und Erfahrungsaustausch einzurichten, überzeuge nicht, da es den Hochschulen nicht an Netzwerken und Austausch mangle, sondern an unbürokratischen Baukostenzuschüssen und an einer zügigen Mängelbeseitigung.

Berlin, den 4. März 2026

Dr. Hans Theiss
Berichterstatte

Sven Wendorf
Berichterstatte

Dr. Lina Seitzl
Berichterstatte

Ayse Asar
Berichterstatte

Nicole Gohlke
Berichterstatte